



Protokoll Digitales Dialogforum der Kommunen am 29./30. April 2021

Neuigkeiten des Vereins

- Neue Kommunen
- Personelle Veränderungen
- Bausteine aus dem Förderprojekt des BMFSFJ:
 - Wirkungsanalyse
 - Schulung Kindeswohl vorrang im Verwaltungshandeln
- CFCI Participation Study
- Handbuch Kinderfreundliche Kommunen
- Leitlinien Kindgerechte Planung

Siehe Präsentation in der Anlage

Vortrag: Starke Kinder- und Jugendparlamente

Prof. Dr. Waldemar Stange, Leuphana Universität Lüneburg

Siehe Präsentation in der Anlage

Streitgespräch: Welches ist die ideale Form der Interessensvertretung von/für Kinder und Jugendliche in Kommunen?

Mirko Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter Halle/Saale

Janine Rittel, Kinder- und Jugendbüro Berlin Mitte

Holger Marks, Kinder- und Jugendparlament Marburg-Biedenkopf

Moderation: *Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal*

Marks zum KreisJuPa, eigenes Budget, Kuj können jederzeit Jugendversammlungen einberufen, verankert durch Satzung und Beschluss, können Anfragen und Anträge im Kreistag stellen, Marks sieht sich als Angestellte des JuPas, Kontakt derzeit online, Koop mit Schülervertretungen läuft, viele Themen aufgegriffen, schon mal großen Kongress organisiert, Misserfolg: Umstellung des Wahlverfahrens von Brief auf online, leider nicht mehr Beteiligung, sondern eher weniger Verbindlichkeit

Petrick 01.05.21 10 Jahre als KijuBe, arbeitet auch als Koord. Für Demokratie Leben! KijuBe am Anfang bei JA-Leitung, dann direkt beim OB-Büro angebunden (andere Beauftragte auch), Beschluss vorhanden aber keine Satzung o.ä., OBM verfügte, wenn Beauftragte nein sagten, gingen interne Beschlüsse mit den Beigeordneten nicht durch, daher gute Zusammenarbeit, sieht sich als Interessenvertreter der Kuj in Politik und Verwaltung durchsetzen, Haltung der anderen ändern, KiRe sollen im Alltag berücksichtigt werden, direkter Kontakt zu Kuj wird gezielt gesucht,

städt. (Anlaufstelle für KujBeteiligung) KijuBü gibt es, Petrick mit zwei Gremien (KiuJRat + Stadtschülerrat) und hauptamtlicher Moderatorin, auch Vernetzung mit Fridaysforfuture, zu Jugendjury im Projekt lokale Partnerschaften für Demokratie, Vorteil: hoher Stellenwert/ Wirkungsgrad in Verwaltung und Politik (auch in Fraktionen) aber es braucht dazu auch starke Beteiligungsgremien, wichtig ist die Zsa mit der Pressestelle, aber auch ÖA von freien Trägern und Gremien findet statt, außerdem: Familienfreundlichkeitsprüfung als Vorgabe, ständige Koop. zwischen Baudez. und Jugenddez. mit Jour fix, Misserfolg: z.B. die Diskussion zum JuPa

Rittel KijuBü angebunden an Jugendstadträtin, Verzahnung komm. Und freies KijuBü (bei Moabiter Ratschlag), tolle Kombi, um KIRe in Verwaltung und Politik durchzusetzen, Qualiziele in Berlin, einige Kooperationsvereinbarungen z.B. JF mit Stadtentwicklung, KijuBü begleitet den BSA und engagierte Gruppen, organisieren U 18, veranstalten Fachkräftefobi, unterstützen Fachkräfte in Einrichtungen auch in stat. KujHilfe, Sensibilisierung von pol. Entscheidungsträgern, Gremienarbeit, Netzwerkarbeit, Kuj haben Rederecht im JHA, aber nicht jugendgerecht, Kontakt auch zu Fridaysforfuture, Kuj wollen Fairtrade und Klimaneutral einfordern

Vorteil: Rittel ist auf allen Ebenen unterwegs, kann direkte Hinweise aus dem Dialog an die Verwaltung weitergeben// Nachteil: zu wenig Budget, viel Bürokratie, lange Antwortzeiten, um Infos an Kuj weiterzugeben, bekommen als Stabsstelle nicht alles mit, ist stärker an Verwaltung gebunden (Loyalität)

Gute Projekte: Klimatag in Steglitz/Zehlendorf und Umgestaltung Kinderbauernhof in Mitte

Misserfolg: Umweltaudit für Einrichtungen war am Ende doof, weil Verwaltung viele Vorschläge nicht umsetzen wollte

Ergebnisse kommunaler Austausch und Beratung

Fragestellung I: Kinder- und Jugendbeauftragte

1. Verbale Reflexion zum Streitgespräch: Was nehmen Sie aus dem Streitgespräch mit?...
 - a. Welches Argument hat Sie am meisten überzeugt?
 - b. Welches Argument war Ihnen neu?
 - c. Welches Argument hat Ihnen gefehlt?
2. Was können Kinder- und Jugendbeauftragte leisten?
3. Was brauchen Kinder- und Jugendbeauftragte für ihre Arbeit?
4. Welche Rollen können Kinder- und Jugendbeauftragte in der Pandemie übernehmen?
5. Welche analogen Formen und Methoden der Kinder- und Jugendbeteiligung nutzen Kinder- und Jugendbeauftragte?
6. Welche digitalen Tools nutzen Kinder- und Jugendbeauftragte, um Kinder- und Jugendbeteiligung zu ermöglichen? Wie sind die Erfahrungen mit diesen? Was würden Sie weiterempfehlen?

Fragestellung II: Kinder- und Jugendbüros

1. Wie krisensicher sind Kinder- und Jugendbüros?
2. Was sind die Aufgaben von Kinder- und Jugendbüros?
3. Mit wem müssen sich Kinder- und Jugendbüros – insbesondere in Pandemiezeiten – gut vernetzen?

4. Welche analogen Formen und Methoden der Kinder- und Jugendbeteiligung nutzen Kinder- und Jugendbüros?
5. Welche digitalen Tools nutzen Kinder- und Jugendbüros, um Kinder- und Jugendbeteiligung zu ermöglichen? Wie sind die Erfahrungen mit diesen? Was würden Sie weiterempfehlen?

Fragestellung III: Restart nach der Corona-Pandemie!?

1. Gibt es eine Reihenfolge für Öffnungen?
2. Welche Strukturen müssen neu aufgebaut werden, welche existieren noch?
3. Wie wird der Kontakt zu Kindern und Jugendlichen und deren Familien wieder aufgebaut?
4. Sind durch die veränderten Angebote neue Kontakte entstanden? Wie können diese zukünftig gehalten werden?
5. Was braucht ihre Kommune, um die Wahrung der Kinderrechte in der Corona-Pandemie sicherstellen zu können?
6. Gibt es Pandemie-Pläne für die Sicherung der Kinderrechte? Werden Pandemie-Pläne für Fachbereiche erarbeitet, die vorher nicht vorlagen.

Arbeitsgruppe 1 (große Kommunen):

Drei Kommunen haben ein Kinder- und Jugendbüro, in zwei Kommunen arbeiten Kinder- und Jugendbeauftragte, wobei eine Kommune beide Institutionen besitzt.

Fragestellung I: Kinder- und Jugendbeauftragte

Aus dem Streitgespräch nahmen die Kommunen folgende Aspekte für die eigenen Arbeit mit:

- Ob Kinder- und Jugendbeauftragte oder Kinder- und Jugendbüros – die Lösungen müssen auf die jeweilige Stadt passen.
- Werden auch Gremien betreut, ist der Spaßfaktor wichtig, um Jugendliche zu binden.
- Öffentlichkeitsarbeit und Informationen zur Beteiligung sind für beide Institutionen sehr wichtig.
- Ohne ressortübergreifende Jour fixe geht es nicht.

Kinder- und Jugendbeauftragte arbeiten in sehr vielen Maßnahmenfeldern und drohen, sich zu verzetteln oder zu übernehmen. Kinder- und Jugendbeauftragte brauchen vor allem flexiblere Verwaltungsstrukturen und gute Kontakte zu den Schülervvertretungen/ Gremien. Sie müssen auch einmal nein sagen können zu Wünschen der Politik nach Beteiligung bestimmter Gruppen, insbesondere wenn eine Vereinnahmung der Kinder und Jugendlichen für politische Zwecke droht. Basis der Arbeit ist der enge Dialog mit Kindern und Jugendlichen, um Ziele und Wünsche regelmäßig zu erheben. In letzter Zeit war auch Krisenmanagement notwendig, z.B. wenn Jugendliche bei Treffen im öffentlichen Raum kritisiert wurden. Kinder- und Jugendbeauftragte müssen hier auch für Kinder- und Jugendinteressen eintreten und die Bevölkerung sensibilisieren.

Kreativität ist von Nöten, z.B. gemeinsames Kochen oder Picknicken sollte auch in der Pandemie möglich sein. In der Pandemie sollen Kinder- und Jugendbeauftragte engagierte Jugendliche entlasten, in dem sie ihre Wünsche an die Verwaltung und Politik weitertragen. Sie müssen immer wieder „den Finger in die Wunde legen“, damit klar wird, wie die Gesellschaft derzeit mit jungen Menschen umgeht.

Kinder- und Jugendbeauftragte sollten verpflichtend an Pandemie-Krisenstäben teilnehmen, um Kinderinteressen zu vertreten. Sie sollten sich dafür einsetzen, dass z.B. Spielplätze nicht mehr schließen.

Für die digitale Arbeit wurden drei Links geteilt:

<https://jugend.beteiligen.jetzt/>

https://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/themen/jugendbeteiligung_und_digitale_medien.pdf

<https://dina.international/>

Gute Erfahrungen mit dem Online-Dialog gab es in Regensburg: der Jugendbeirat brachte sich in mehreren Beteiligungsverfahren der Stadtplanung effektiv ein.

Fragestellung II: Kinder- und Jugendbüros

Alle waren einig, dass eine rein virtuelle Kommunikation in der Pandemie nicht ausreicht, um mit Kindern, Jugendlichen und Trägern im Kontakt zu bleiben. Es wurden mehrere Vernetzungsstrategien empfohlen:

- Austausch mit Partnerstädten – Erfahrungen und Lösungen teilen (Bsp. Mannheim – Toulon oder Internationale Jugendkonferenz Regensburg)
- Verwaltungsinterne Austauschrunden (z.B. Planungscoordination) nutzen
- Wissensmanagement teilen (auch mit engagierten Jugendlichen)
- Veränderung der Beteiligungsprozesse in pandemietaugliche Arbeitsschritte (Bsp. Stadtplanung: Beteiligung mit Kindergruppen auf der Fläche, Kinder konnten direkt in die Pläne eintragen)

Fragestellung III: Restart nach der Pandemie

In den beteiligten Kommunen waren Zeitpläne für die Öffnung noch nicht abschätzbar, alle schauen derzeit auf die Impfungen.

Neu aufgebaut werden müssen persönliche Kontakte zu Kindern und Jugendlichen, die vorher nicht digital erreicht wurden. Auch die Zusammenarbeit mit Schulen kam zum Erliegen, sie blocken oft Projekte ab auch wegen dem Zwang, Bildungsinhalte nachzuholen. Problematisiert wurden die psychischen Folgen der Pandemie: die Vereinsamung, die Bewegungsträgheit, die Apathie, sich zu motivieren. Unklar ist noch, wie die Kommunen dem mit ihren Einrichtungen und spezifischen Angeboten begegnen können. Es braucht gezielte Fördermittel, um Sport und Bewegung sowie Teambildung wieder in Gang zu bekommen. Es braucht Ressourcen, um persönliche Beratung und die Arbeit mit Kleingruppen zu gewährleisten. Die Kommunikation zu den Familien muss überdacht werden, es braucht andere Botschaften. Kinder und Jugendliche brauchen wieder Aufgaben draußen im Stadtraum, z.B. freuen sich die Regensburger Kinderberater_innen auf zukünftige Spielplatzteste.

In der Pandemie sind in den Kommunen teilweise neue Kontakte zu freien Trägern entstanden oder wurden vertieft. Neue digitale Formate wurden (auch in der Verwaltung) ausprobiert und etabliert. Bei den Kindern im Homeschooling wurde beobachtet, dass einige das eigenständige Lernen gut hinbekommen. Darin sollten sie weiter unterstützt werden.

Um die Kinderrechte zukünftig sicherstellen zu können, braucht es:

- Strategien für eine gute Kinder- und Jugendgesundheit, z.B. zur Bewegungsförderung und zur Beratung bei Süchten (Essen, Gaming).
- eine Aufarbeitung der sozialen und gesundheitlichen Pandemiefolgen in der Sozialplanung.
- ein krisenfestes Übergangsmanagement Schule-Beruf (Praktika dürfen nicht einfach entfallen), Jugendliche müssen gut begleitet werden, wenn sie sich um ihre Abschlüsse Sorgen machen.
- eine fortlaufende Ausbildung von pädagogischem Personal, um rechtzeitig gut ausgebildete Menschen verfügbar zu haben.
- interdisziplinäre Arbeitsgruppen, die gezielte Ansatzpunkte in Schule, Familie und im gesellschaftlichen Raum finden, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen.

Arbeitsgruppe 2 (mittlere Kommunen):

In den vertretenen sechs Kommunen der Arbeitsgruppe gab es in zwei Kommunen Kinder- und Jugendbeauftragte, drei Kommunen hatten ein Kinder- und Jugendbüro, wobei eine Kommune beide Institutionen besaß.

Fragestellung I: Kinder- und Jugendbeauftragte

Beide Kinder- und Jugendbeauftragten sind direkt bei der Dezernentin bzw. beim Beigeordneten angesiedelt, also bei der Leitungsebene der Verwaltung, aber nicht direkt beim Stadtoberhaupt. Dies sehen allerdings beide nicht als Nachteil, da auch auf dieser Ebene ein Wirken in alle Fachbereiche gewährleistet sei. Wichtig für die Wirkmächtigkeit bei beiden ist außerdem, dass sie mittels Organisationsverfügung bzw. Beschluss abgesichert und ihre Aufgaben und Befugnisse klar geregelt sind.

Als Vorteil für die Arbeit wird Verwaltungserfahrung genannt. Außerdem ist eine gute Vernetzung innerhalb der Verwaltung wichtig, da so alle Ressorts auch unabhängig vom Dienstweg schnell angesprochen werden können. Auch der Kontakt zum Jugendamt wird als sehr hilfreich wahrgenommen. Andere Ressort werden jedoch nur erfolgreich erreicht, wenn dort Personen arbeiten, die für die Kinderrechte brennen.

Die Frage, was zuerst eingerichtet werden sollte, das Kinder- und Jugendbüro oder ein_e Kinder- und Jugendbeauftragte_r konnte nicht allgemeingültig beantwortet werden.

Fragestellung II: Kinder- und Jugendbüros

Die drei vertretenen Kinder- und Jugendbüros sind sehr unterschiedlich strukturiert. Sie sind an verschiedenen Stellen angebunden: Bei der Kinderbeauftragten, in der Jugendförderung oder bei der Stabsstelle Prävention, Sicherheit & Sauberkeit. Ebenso weichen ihre Stellenausstattung und ihre Aufgaben sehr stark voneinander ab. Ein Kinderbüro ist mit einer halben Stelle besetzt, ein anderes mit zwölf Personen.

An dieser Stelle wird deutlich, dass es sehr wichtig ist, die Aufgaben und Funktionen eines Kinder- und Jugendbüros klar zu benennen, um es sowohl in der nach außen klar als Anlaufstelle für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und als Interessensvertretung wahrnehmbar zu machen als auch für Rollenklarheit der Beschäftigten und in der Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsressorts zu sorgen. Gerade während der Pandemie ist eine Aufgabenklarheit hinsichtlich der Funktion als Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche hilfreich.

In einer Kommune wird über die Einrichtung eines kooperativen Kinder- und Jugendbüros beraten. Hier sollen die starke Stellung und Vernetzung der freien Träger mit den Aufgaben und Möglichkeiten der Verwaltung für die Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche genutzt werden. Diese starke Stellung eines Stadtjugendrings ist allerdings in den anderen Kommunen nicht vorhanden, weshalb hier ein kooperatives Kinder- und Jugendbüro nicht sinnvoll ist.

Gut und fruchtbar für die Arbeit eines Kinder- und Jugendbüros kann die enge Zusammenarbeit mit der Schüler_innenvertretung der Stadt sein. Dies kann soweit gehen, dass die SV-Struktur auf Stadtebene die Funktion eines Jugendbeirats für die Kommune übernimmt. Dafür kann auch eine FSJ-Stelle im Kinder- und Jugendbüro für die Begleitung der SV hilfreich sein. Diese kann Trainings für Schüler_innenvertretungen vermitteln und begleiten, welche für die Strukturen sehr wichtig sind. Ein Stadtschüler_innenrat nutzt auch die Räumlichkeiten des Kinder- und Jugendbüros für Sitzungen. Die Verknüpfung läuft teilweise aber auch nur auf Projektebene anlassbezogen.

Fragestellung III: Restart nach der Pandemie

Während der Pandemie wurden in einzelnen Kommunen über digitale Angebote wie Elternkurse mehr Personen erreicht als mit Präsenzveranstaltungen. Insgesamt hat die Pandemie zu einer Digitalisierung der Verwaltung geführt und einige Angebote wie digitale Schnitzeljagden, Geocaches oder digitale Kochkurse wurden entwickelt.

Im Austausch mit anderen Fachbereichen, insbesondere den Allgemeinen Sozialen Diensten der Jugendämter wurde berichtet, dass die Fallzahlen in der Jugendhilfe drastisch gestiegen sind. Präventionsketten lagen brach, da wichtige Anlaufstellen wie Kitas geschlossen waren oder noch sind.

Bereits aktiv in die strategische Planung für den Umgang mit den Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche sind zwei Kommunen eingestiegen. Eine Kommune hat zum einen eine digitale Austauschrunde von Kindern und Jugendlichen mit der zuständigen Dezernentin organisiert. Zum anderen fand ein Treffen zu Kinderrechten in der Corona-Zeit statt. Darin wurden Akteur_innen aus verschiedenen Bereichen eingeladen um sortiert nach den Kinderrechten auf Bildung, auf Gesundheit, auf Schutz usw. über die Auswirkungen der Pandemie für Kinder und Jugendliche zu berichten und daraus Maßnahmen zu entwickeln. Es nahmen daran Mitarbeitende der Verwaltung, von externen Einrichtungen und Jugendliche teil. Dieses Treffen soll fortgeführt werden, um Strategien weiter auszuarbeiten auch hinsichtlich der Öffnung nach dem Abklingen der Pandemie und zur Ermittlung der Bedarfe, die entstanden sind.

In einer anderen Kommune wurde darüber diskutiert ein Modell aus Dänemark einzuführen. Dort wurde ein „Junges Corona Kompetenz Team“ geschaffen, das Politik und Verwaltung aus Sicht von Kindern und Jugendlichen berät. Ein ähnliches Modell, aber alle Generationen umfassend wurde in Augsburg umgesetzt, der Bürgerbeirat.

Außerdem wird hier an einem Strategiepapier gearbeitet, in dem die Folgen der Corona-Pandemie für die Jugendhilfe von den verschiedenen Bereichen der Jugendhilfe zusammengetragen werden. Eine Erkenntnis, die sich daraus abzeichnet, ist, dass die Freizeitmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aufgestockt werden müssen.

AG 3 (kleine Kommunen I):

Fragestellung I: Kinder- und Jugendbeauftragte

In dieser AG wurde die Unterscheidung zwischen dem Themenfeld Interessensvertretung Kinder- und Jugendberater_in und Kinder- und Jugendbüro gar nicht so scharf getrennt, die TN vertraten die Meinung, dass die Aufgaben zusammengedacht und gut vernetzt sein sollten. Es sei wichtig, einen guten Mittelweg zu finden zwischen Organisation von jugendgerechten Formen der Kinder- und Jugendinteressensvertretungen, eine gute Vernetzung zwischen Verwaltung und anderen Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit herzustellen und Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche zu sein. Um immer auch zu schauen, was angesichts der personellen und finanziellen Ressourcen möglich ist. In der AG waren 4 Kommunen und 5 Personen vertreten (2 für Bad Pyrmont), wobei 2 direkt Kinder- und Jugendbeauftragte waren (Weil am Rhein und Taunusstein), in der Verwaltung / im Rathaus angesiedelt und eine Leiterin vom Familienservicebüro, die aber teilweise auch Aufgaben einer Kinder- und Jugendbeauftragten / eines Kinder- und Jugendbüros übernimmt. Harsum plant im Zuge des Aktionsplans eine Stelle für eine_n Kinder- und Jugendberater_in einzurichten, allerdings war noch nicht ganz klar, ob in der Verwaltung angesiedelt oder bei der Jugendpflege. Vor- und Nachteile wurden angedacht. Aus dem Streitgespräch nahmen die Teilnehmenden mit, dass es besonders wichtig ist, dass Kinder- und Jugendbeteiligung an sich kinder- und jugendgerecht gedacht wird. Für eine gute Arbeit benötigen Kinder- und Jugendbeauftragte:

- Direkten Kontakt mit Jugendlichen
- Rollenklärung mit anderen Akteuren wie beispielsweise der Jugendpflege, produktive Vernetzung
- Ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und den Rückhalt, dass Themen in den jeweiligen Fachämtern ankommen

Welche Rollen können Kinder und Jugendbeauftragte in der Pandemie übernehmen und welche digitalen und analogen Formen der Beteiligung wurden genutzt?

- Kontakt zu Jugendlichen aufrecht erhalten durch Online-Angebote in Form von Beratung und Kreativangeboten
- Zu schauen, was aktuell möglich ist, TROTZ Corona und diese analogen Möglichkeiten nutzen
- Sprachrohr zwischen Verwaltung und Ki und Ju BLEIBEN, Möglichkeiten des Austauschs mit den SMV etablieren
- Beispiel: Präsentation von Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche über kommunalen Podcast in Taunusstein: <https://www.taunusstein.de/portal/seiten/stadt-land-aar-der-taunusstein-podcast-900000477-29880.html>

Fragestellung II: Kinder- und Jugendbüros

Bei dieser Fragestellung wurde von allen Kommunen noch einmal hervorgehoben, wie wichtig es ist, dass Beteiligungsstrukturen „krisensicher“ im Sinne einer finanziellen Absicherung sind. Alle Kommunen bewerteten die Strukturen durch die Pandemie in dieser Hinsicht als krisensicher, da keine finanziellen Mittel gekürzt wurden. Personal war NICHT von Kurzarbeit betroffen. Insbesondere ein Kinder- und Jugendbüro sollte auch zu Pandemiezeiten gut erreichbar sein. Eine gute Vernetzung mit folgenden Akteur_innen sei besonders relevant:

- (Andere) Verwaltungsmitarbeitende
- Steuerungsgruppe KfK
- Präventionsrat
- Sozialraum -AG
- Kuj selbst

Fragestellung III: Restart nach der Pandemie

Für einen Restart nach der Pandemie ist es wichtig, sich fortlaufend aktiv mit den Verordnungen auseinander zu setzen, um zu schauen, was situativ möglich ist. Teilweise sind auf diese Weise die Jugendzentren in den kleineren Kommunen schon wieder ziemlich aktiv, indem sie Draußenangebote und Angebote für Kleingruppen oder Einzelberatungen und -aktionen durchführen. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, dabei pandemiebedingte Risiken weiterhin zu beachten. Die mobile Jugendarbeit wird hierbei zurzeit durch diejenigen unterstützt, die sonst in der offenen Jugendarbeit arbeiten. Gremien haben Bestand, es gibt zwar weniger, dafür aber digitale Treffen. Die Kommunen sind sich einig, dass nach der Pandemie wenig Strukturen neu aufgebaut werden müssen, bzw. sehr schnell wieder reaktiviert werden können, da durch die kleinen Kommunengröße der persönliche Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen weiterhin bestehen geblieben ist und die Kinder, wissen, an wen sie sich wenden können. Die Projektarbeit muss neu aufgenommen werden. In Harsum beispielsweise trägt die Möglichkeit einer Eröffnungsfeier für ein neues Freizeitzentrum dazu bei, nach der Pandemie, Kindern und Jugendlichen ein attraktives Angebot zu schaffen. Die teilnehmenden Kommunen beschrieben teilweise Veränderungen in der Art der Kontakte:

- Neue Zielgruppen fanden durch einen Ausdrucksdienst für Hausaufgaben zu Jugendzentren, zu denen bisher kein Kontakt bestand
- Mehr Kinder als sonst draußen unterwegs zum Spielen, um sich eigeninitiativ analoge Kontakte zu organisieren.
- Kontaktaufnahme durch mobile Angebote

Aus Sicht der teilnehmenden Kommunen werden folgende Angebote benötigt, um die Wahrung der Kinderrechte in der Kommune sicherstellen zu können:

- Weitere personelle Ressourcen, um das Thema ressortübergreifend angehen zu können
- Chancengleichheit muss gerade jetzt noch mehr in den Fokus gerückt werden
- Es bedarf Zugang zu technischen Endgeräten für alle.

AG 4 (Kleine Kommunen II):

Fragestellung I: Kinder- und Jugendbeauftragte

Zu Beginn der Austauschrunde wurde festgestellt, dass es in den Kommunen dieser Gruppe weder eine_n Kinder- und Jugendbeauftragten noch ein Kinder- und Jugendbüro gibt. Zwei Kommunen haben ein Kinder- und Jugendparlament. Diese kamen während der Corona-Pandemie allerdings fast vollständig zum Erliegen. Eine Kommune hat einen Jugendbeirat, der den Stadtrat und die Stadtverwaltung bei jugendrelevanten Themen berät.

In zwei Kommunen ist die Berufung einer_s Kinder- und Jugendbeauftragten geplant. Generell stellt sich bei den Kommunen die Frage, welche zentralen Aufgaben diese neue Rolle beinhalten sollte. Die Kommunen halten es für wichtig, genau zu definieren mit welchen Befugnissen ein_e

Kinder- und Jugendbeauftragte_r ausgestattet ist. Dadurch soll verhindert werden, dass eine „alte“ Stelle einfach zur_m Kinder- und Jugendbeauftragte_n umbenannt wird.

Fragestellung II: Kinder- und Jugendbüros

Zwei Kommunen planen derzeit ein Kinder- und Jugendbüro einzurichten. Schwierigkeiten bei der Einrichtung bereiten den Kommunen insbesondere fehlende Räumlichkeiten und mangelnde Personalressourcen. Außerdem sei eine Kulturveränderung in den Kommunen notwendig, um ein Kinder- und Jugendbüro erfolgreich in den Kommunen zu etablieren.

Allgemein wurde festgestellt, dass es teilweise schwierig sei, Kinder und Jugendliche zur Teilnahme an den verschiedenen Interessenvertretungen zu animieren. Es wurde angemerkt, dass es in den Kommunen „einfach nicht so viele Kinder und Jugendliche gibt“. Deshalb müsse man darauf achten, Kinder und Jugendliche mit den unterschiedlichen Projekten nicht zu überlasten.

Die Kommunen waren sich einig, dass etablierte Kinder- und Jugendinteressenvertretungen, wie z.B. ein Kinder- und Jugendbüro, die Kinder- und Jugendarbeit während der Pandemie krisenfester gemacht hätte. Eventuell hätte man Jugendliche durch die Institutionalisierung besser erreichen und vertreten können. Außerdem hätten sich hierdurch Argumente ergeben, Personal nicht in fachfremde Bereiche abzuziehen.

Fragestellung III: Restart nach der Pandemie

In einigen Kommunen ist der Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen beinahe komplett abgebrochen. Hier gilt es nun, diesen Kontakt wieder herzustellen. Andere Kommunen haben digitale Möglichkeiten genutzt, um mit jungen Menschen in Kontakt zu bleiben. Insbesondere eine Gemeinde hat kreative, digitale Wege gefunden, um mit Kindern und Jugendlichen in Verbindung zu treten. So wurde der Server discord genutzt, um, gemeinsam zu kochen oder zu spielen. An einigen dieser digitalen Zusammenkünfte nahmen bis zu 120 Personen teil. Außerdem wurde der Straßenraum für verschiedene Aktionen aktiviert: So diente ein Corona-Baum als Plattform, an den junge Menschen Zettel mit ihren Gedanken, Ideen und Anregungen hängen konnten. Außerdem ist in Zusammenarbeit mit einem Künstler eine mobile Speak-Up-Box geplant. Eine andere Kommune plant eine große Veranstaltung zum Thema Kinderarmut.

AG 5 (Kleine Kommunen III):

Fragestellung I: Kinder- und Jugendbeauftragte

Als thematischen Einstieg hat sich die Gruppe mit einem Zitat aus dem vorherigen Streitgespräch auseinandergesetzt. Es wurde über die Aussage diskutiert, ob die Beteiligung von Kindern in der Regel an Erwachsenen scheitert. Die Gruppenteilnehmenden haben sich über verschiedene Fälle ausgetauscht, die dazu führen, dass junge Menschen nicht mehr an offenen bzw. repräsentativen Beteiligungsmodellen teilnehmen. Neben altersbedingten Gründen bspw. dem Wegzug für ein Studium, wurde die schwindende Identifikation mit einem Amt angeführt. Zudem würden Scheinbeteiligungen dazu führen, dass Jugendliche nicht die Einflussmöglichkeit in ihrer Kommune bekommen, die ihnen zunächst zugesagt wurde und dies zu einem Desinteresse führen könnte. Erwachsene müssen ein Teil ihrer Macht abgeben und jungen Menschen Raum für Beteiligung geben. Dabei ist es wichtig, sich bspw. von gewohnten Formaten wie Ausschüssen zu verabschieden und sich auf neue Methoden einzulassen.

Mit Ausnahme einer Kommune, die schon seit längerem über Kinder- und Jugendbeauftragte verfügt, befinden sich die anderen Kommunen im Aufbau dieser Interessenvertretung oder haben

noch keine Ansätze dafür. In diesem Kontext wurde die Schwierigkeit der Verortung von Kinder- und Jugendbeauftragten in der Jugendpflege diskutiert. Eine externe verwaltungsunabhängige Person habe den Vorteil offen Kritik an Verwaltungsstrukturen und an Leitungspersonen äußern zu können. Um das Amt von Kinder- und Jugendbeauftragten erfüllen zu können, müssten gute Kommunikationsstrukturen zur Verwaltung sichergestellt sein. Der Vorteil Teil der Verwaltung zu sein, mache einen informellen Austausch möglich und sichere einen besseren Zugang in dieser, bspw. zu Fachbereichssitzungen. Die Verortung des Amtes innerhalb der Verwaltung verlange eine klare Definition von Aufgaben und der Rolle, die in dieser sichtbar gemacht werden müssen. Nur so könnten „Vermischungen“ mit Aufgaben/Aufträge der Jugendpflege verhindert werden.

Fragestellung II: Kinder- und Jugendbüros

Die teilnehmenden Kommunen verfügen bislang noch über kein Kinder- und Jugendbüro. Teilweise soll dieses aber im Rahmen des Aktionsplanes umgesetzt werden. Bislang werden einige Aufgaben durch die bestehende Jugendpflege der Kommune übernommen, die als Anlaufpunkt für die jungen Menschen dient.

Eine unabhängige Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche wird als wichtiges Strukturelement gesehen, welches bislang in noch keiner der Kommunen verankert ist. Bisher werden Beschwerden über Mitarbeitende der Jugendpflege oder auch Streetworker_innen entgegengenommen und an die entsprechenden Stellen der Verwaltung weitergeleitet. Die fehlenden verbindlichen Strukturen führen jedoch dazu, dass Kinder und Jugendliche lange auf eine Resonanz warten müssen.

Fragestellung III: Restart nach der Pandemie

Im Laufe der Pandemie haben die Kommunen unterschiedliche digitale Angebote für Kinder und Jugendliche entwickelt. Hier sind u.a. Live-Cooking, Sport-Mitmach-Mach-Angebote, Upcycling-Bau-Projekte zu nennen. Für die Kommunikation und den Informationsaustausch wurden diverse Apps wie SPOND, WhatsApp, Minecraft, Discord und die „Jugendpflege-App“ genutzt. Hervorzuheben ist das Format „Let´s talk about“, bei dem Jugendliche in einer digitalen Talkrunde mit dem Bürgermeister dringliche Themen besprechen konnten. Analoge Aktionen, z.B. Bastelpakete verteilen oder Bollerwagen-Spaziergänge wurden nach Möglichkeit durchgeführt.

Insgesamt hat die Pandemie-Situation dazu geführt, dass die Digitalisierung in den Kommunen vorangetrieben wurde. Die Teilnehmenden haben im zweiten und dritten Lockdown vermehrt eine „Digitale Müdigkeit“ bei den Jugendlichen wahrgenommen. Die Herausforderung bestand darin, immer wieder neu auf eine heterogene Gruppe von jungen Menschen mit unterschiedlichen digitalen Angeboten heranzutreten, damit der Kontakt aufrechterhalten werden kann. Es ist jedoch zu konstatieren, dass viele Beziehungen zu den jungen Menschen wieder aufgebaut werden müssen, um die von Beziehungsarbeit lebende Jugendarbeit wieder zu erwecken.

Um junge Menschen mit beengten Wohnverhältnissen und fehlenden technischen Möglichkeiten während des Homeschoolings zu unterstützen, wurden Räume mit Computern bereitgestellt. Die Jugendlichen hatten die Möglichkeit mit Betreuung Hausaufgaben zu machen und Unterstützung bei anstehenden Bewerbungen zu erhalten.

AG 6 (Kleine Kommunen IV):

Zum Anfang der Gruppendiskussion tauschten die Anwesenden in Anlegung an die vorangegangene Diskussionsrunde ihre Einschätzungen zu Institutionen der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie ihre generellen Erfahrungen im Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ aus. Dabei

wurde festgestellt, dass sich in der Runde zwei Kinder- und Jugendbeauftragte befanden, die jeweils auch Kommunen mit Kinder- und Jugendbüros aktiv sind. Kommunen mit Kinder- und Jugendparlamenten gab es in der Runde nicht, weswegen dieser Frageblock im weiteren Verlauf des Gesprächs ausgespart wurde. Dafür waren zwei Kommunen mit Kinder- und Jugendbeiräten in der Runde, worüber sich auch ausgetauscht wurde. Zusätzlich wurden guten Beispiele in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus der Pandemie ausgetauscht.

Erfahrungen im Programm „Kinderfreundliche Kommunen“

In diesem Austausch wurde die Notwendigkeit betont, dass der_die Bürgermeister_in die Umsetzung des Programms unterstützt, um tatsächlich gut arbeiten zu können. Außerdem wurden die Empfehlungen ausgesprochen, die Unterstützung der Politik in Form der politischen Parteien einzuholen und diverse Bereiche der Verwaltung von Anfang an intensiv einzubeziehen.

Kinder- und Jugendbeirat

Der Austausch über Kinder- und Jugendbeiräte führte zu zwei zentralen Empfehlungen, die sich eventuell auch auf andere Jugendgremien übertragen lassen: Erstens, die Kinder und Jugendlichen müssen selbst entscheiden, wo sie mitarbeiten und sollten nicht die Position gedrängt sein, nur Aufträge der Politik abzuarbeiten. Zur Rekrutierung von Kinder und Jugendlichen wurden über die Schulen organisierte Wahlen als besonders erfolgreich identifiziert.

Fragestellung I: Kinder- und Jugendbeauftragte

Die zwei anwesenden Kinder- und Jugendbeauftragten teilten die Erfahrung, dass ihre Aufgabengebiete für andere Verwaltungsmitarbeiter_innen teilweise unklar seien. Beide sind die erste Besetzung dieser neu geschaffenen Position in ihrer jeweiligen Kommune. So mussten sie regelmäßig erklären, dass sie keine aufsuchende Jugendarbeit betreiben. Als Empfehlung teilten sie aber auch mit, dass eine enge Verzahnung mit der Jugendsozialarbeit zentral für ihre Arbeit sei. Trotz einem verbrieften Mandat mussten sich die Beauftragten außerdem den Zugang zu den relevanten Gremien erkämpfen. Auf einer persönlicheren Ebene sei die große Verantwortung in der Position der Kinder- und Jugendbeauftragten herausfordernd.

Gute Beispiele aus der Pandemiezeit

In Remchingen war eine digitale Fragebogenaktion organisiert über die Schülermitverantwortungen erfolgreich. Außerdem wurde in der Kommune ein Malwettbewerb mit dem Titel "Corona-Helden" über eine Lokalzeitung angestoßen, der sich als so erfolgreich herausstellte, dass mit dem entstandenen Material Postkarten und Arbeitsmaterial der Jugendsozialarbeit gestaltet werden konnten.

In Eltville wurde ein Angebot zum Abholen von Bastelmaterialien eingerichtet, um eine Möglichkeit für Hilferufe von gefährdeten Kindern und Jugendlichen geschaffen. Jugendliche wurden in Hilfsangebote für ältere Menschen einbezogen. Das Jugendzentrum richtete digitale Öffnungszeiten ein und der Jugendbeirat konnte digital tagen. Über die Plattform <https://mitgestalten.eltville.de/> wurden auch Kinder und Jugendliche in ein digitales Beteiligungsangebot einbezogen.

In Bargteheide gab es Klassenstunden in den Schulen, in denen über die persönliche Situation der Kinder gesprochen wurde.

Fragestellung III: Restart nach der Pandemie

Als Lehre aus der Pandemie wurde die Notwendigkeit artikuliert, niedrigschwellige Gewaltschutzangebote einzurichten. In der Kinder- und Jugendbeteiligung müsse nun der erneute

Beziehungsaufbau zu Kindern und Jugendlichen Priorität haben; Institutionen und Netzwerke müssten wieder „ein Gesicht bekommen“.

Umfragen

Siehe Anlage